

Telegraphische Depeschen.

* Gützhausen i. E., 28. Oct. Der Statthalter Generalfeldmarschall v. Mantuaufel, welchen der Oberst v. Strany, der Ministerialrath Jordan und der Graf Wilhelm Bismarck begleiteten, wurde bei seiner Ankunft auf dem hiesigen mit Fackeln glänzend beleuchteten und dicht mit Menschen gefüllten Bahnhofe von dem Kreisdirektor Hammerstein und dem General Böhm empfangen. Der Statthalter stattete noch an demselben Abend den Spiken der Behörden und den hier ansässigen Notabeln seinen Besuch ab und nahm dann im Gasthofe von Romann Nachtkwartier. Am andern Morgen besichtigte der Statthalter das Stadthaus, das Bürgerhospital und verschiedene industrielle Etablissements. Mittags sass in den Räumen der Kreisdirection Empfang statt; bei demselben erschienen der Bürgermeister nebst dem Gemeinderath der Stadt Mühlhausen, die Mitglieder des Landesausschusses, des Bezirkstages, des Kreistages und der Handelskammer, die Vorsiecher der höhern Lehranstalten, die Geistlichkeit der drei Konfessionen, Mitglieder der Justiz- und Verwaltungsbehörden sowie die Vertreter der Presse. Der Statthalter ließ sich jeden Einzelnen den erschienenen vorstellen und hatte namentlich mit den Mitgliedern des Gemeinderathes eine längere Unterhaltung. Zum Schluss sprach der Statthalter seinen Dank für das ihm bewiesene persönliche freundliche Entgegenkommen aus. „Es sei gut, sich kennen zu lernen, damit man sich einmal ins Auge geschaut habe.“ Vor der Tafel besichtigte der Statthalter dann noch die elässische Maschinenbauanstalt, die Gewerbeschule und das Museum, und nahm seinen Rückweg nach dem Gasthof durch die Gasse aufwärts. Bei dem im Gasthofe veranstalteten Diner, an welchem 45 Personen teilnahmen, toastete der Statthalter auf das Wohl der Stadt Mühlhausen, der Bürgermeister Krieg-Köhl auf das Wohl des Statthalters. Der Präsident Schlußberger hielt eine Rede handelspolitischen Inhalts, in welcher er seinen Wünschen nach allgemeinem Frieden zur geheimlichen Entwicklung des Handels Ausdruck verlieh. Als der Statthalter seine Altkreise antrat, wurde derselbe wie bei seiner Ankunft von der auf seinem Wege zahlreich versammelten Bevölkerung mit begeisterten Hochs begrüßt.

* Warmstadt, 28. Oct. Die II. Kammer hat heute ihr Bureau constituit; es wurden gewählt Augler zum ersten Präsidenten, Muhl zum zweiten Präsidenten und Wulfsohl zum Secretär.

* Budapest, 28. Oct. Der Finanzminister Száray hat heute im Unterhause das Budget vorgelegt und dabei ein Exposé gegeben, welches den bereits mitgetheilten Daten entspricht. Außer den bereits signalisierten Gesetzentwürfen wurden vom Minister ferner noch Gesetzentwürfe über die Erhöhung des

Steinkohles sowie über die Abschaffung der Luxussteuern vorgelegt.

* Madrid, 28. Oct. Das ministerielle Journal Econista meldet: „Der Ministerrath nahm gestern einen Gesetzentwurf betreffend die Abschaffung der Sklaverei auf Cuba auf folgender Grundlage an: Die Abschaffung der Sklaverei erfolgt unmittelbar bei Veröffentlichung des Gesetzes. Die Freigelassenen sollen unter dem Schutz der bisherigen Besitzer bleiben, welche verpflichtet sind, ihnen Lohn zu geben. Acht Jahre hindurch wird am Schlusse jedes Jahres der achte Theil der Freigelassenen vollständig frei durch das Los. Außerdem beschloß der Ministerrath, die Zölle auf die Einfuhr von Cerealien nach der Halbinsel angesichts des Standes der Ernten nicht zu erhöhen.“ (Wiederholt.)

* Paris, 28. Oct. Die Agence Havas will wissen, ob seit Don Carlos erschien worden, daß er seine Ausweisung zu gewähren habe, sofern er sein vermaltes Verhalten auch ferner beibehalten sollte. — Wegen eines vor kurzem gegen einen Militärtransport auf dem Wege nach Gedou von marokkanischen Marodeuren ausgeführten Angriffes sind die von der Regierung von Marokko geforderten Genugthuungen in vollem Umfange geleistet worden.

* London, 28. Oct. Die Daily News bestätigen die Sprengung der feindlichen Stämme am Schutargardan und melden, daß der General Roberts den Besuch von 100 der angesehensten Stammhäupter aus Kohistan empfangen habe, welche demselben ihrer Freundschaft versicherten. Die Times meldet aus Zellalabad vom 27. Oct.: „Die Position in Schutargardan werde aufgegeben und die Belagerung nach Kabul dirigirt werden. Der General Roberts halte es für sicher, den erforderlichen Bedarf an Proviant noch vor dem Winter zusammenzubringen.“

* Budapest, 27. Oct. Der Fürst Karl ist gestern in Begleitung des Ministers des Innern Gogalnicaeu zur Inspektion der Dobruja abgereist. Der Fürst traf heute in Tschitscha ein, wo denselben seitens der Bevölkerung ein enthusiastischer Empfang bereitet wurde.

* Washington, 28. Oct. Der Schatzsecretär Sherman hielt gestern auf einem Meeting in New York eine längere Rede, in welcher er erklärte, die republikanische Partei würde niemals von der Politik der Baarzahlung abgehen; die von den Republikanern befürigte Finanzpolitik habe den Handel und die Industrie wieder aufleben lassen und dem Lande Credit und Gebeihen gebracht. Trotz der Wiederaufnahme der Baarzahlungen sei die Baarreserve im Staatschase nicht erschöpft worden, im Staatschase befinden sich gegenwärtig 172 Mill. Doll. in Gold und 50 Mill. in Silber; außerdem finde ein stetiger Zufluss an Gold von Europa aus statt. Der Schatzsecretär sprach sich sodann missbilligend über die demagogischen Doctrinen bezüglich des Silberdollars aus und fügte hinzu, die einzige Möglichkeit, diese Frage

zu lösen, sei die, den Silberdollar dem Golddollar gleich zu machen; es sei unmöglich, den gegenwärtigen Silberdollar weiter circuliren zu lassen. Übergehend auf die politische Lage hob Sherman hervor, die Republikaner wünschten regelrechte Wahlen und allgemeines Stimmrecht; wenn die Wahlfälschungen Erfolg haben sollten, so würde das Land zum Despotismus oder zur Anarchie geführt werden. Der Congress habe das Recht, die Wahlen seiner Mitglieder zu kontrolliren; bei aller Achtung vor den Gesetzen der einzelnen Staaten müßten doch die Gesetze der Vereinigten Staaten die höchsten bleiben. Der Süden habe versucht, die Wähler der Südstaaten durch Schreden und Gewalt einzuschüchtern; die Lage des Südens sei fast ebenso gefährlich wie im Jahre 1860. Sherman forderte schließlich die Republikaner auf, alle Differenzen zu vergessen, sich zu vereinigen und gleiche Rechte sowie bürgerliche Freiheit für alle hochzuhalten.

* London, 28. Oct. Dem Reuterschen Bureau wird aus Shanghai vom 1. Oct. via San-Francisco gemeldet, daß die Frage wegen der Foochoinseln noch immer schwere; Japan soll der chinesischen Regierung eine definitive Antwort in dieser Angelegenheit übermittelt haben. Die japanischen Behörden seien lebhaft mit Vorbereitungen für die Eventualität eines Krieges beschäftigt.

Die Eröffnung des preußischen Landtages.

* Berlin, 28. Oct. Heute Nachmittag kurz nach 12½ Uhr hat die Eröffnung des Landtages stattgefunden.

Nachdem für die evangelischen Mitglieder des Landtages in der königlichen Hof- und Domkirche ein feierlicher Gottesdienst stattgefunden hatte und für die katholischen in der Sanct-Hedwigskirche eine heilige Messe gelesen worden war, versammelten sich etwa 300 Mitglieder beider Häuser im Weißen Saal des königlichen Schlosses, die uniformberechtigten Herren in großer Uniform, die Oberbürgermeister mit der goldenen Amtsfette. In der Diplomatenloge war mit Gemahlin und Kindern der kaiserlich österreichische Botschafter Graf Széchenyi, welcher sich lebhaft mit dem Botschafter der Hohen Pforte Saadullah-Bei unterhielt, ferner Mitglieder der russischen Botschaft und des sonstigen diplomatischen Corps.

Um 12½ Uhr traten die Mitglieder des Staatsministeriums paarweise nach der Anciennetät ihrer Portefeuilles in den Saal und nahmen zur Linken des Thrones Aufstellung: Graf zu Stolberg, v. Kameke, Graf zu Eulenburg, Hofmann, Maybach, Bitter, v. Puttkamer, Dr. Lucius. Der Vizepräsident des Staatsministeriums, Graf zu Stolberg, begab sich hierauf in den Grünen Salon und machte dasselbst Sr. Maj. die vorschriftsmäßige Meldung.

Als der Kaiser hierauf mit Ihren königl. Hoheiten, den Prinzen Karl, Friedrich Karl und August von

Bon der Expedition Nordenskjöld's.

Aus Stockholm vom 25. Oct. schreibt man den Hamburger Nachrichten:

„Bon den Mitgliedern der Nordenskjöld'schen Eis- meerexpedition sind nun mehr ausführliche Berichte eingetroffen, und darunter unter diesen der des Professors Nordenskjöld das größte Interesse verdienten.“

Der Chef des Dampfers, Lieutenant Palander, sandte einen kürzern Bericht an das Marineministerium, aus welchem ich folgende Daten entnehme: „Der Tag der Befreiung aus dem eisigen Winterquartier war der 18. Juli, das Eis hatte während des Monats Juli täglich 1—2 Zoll an Stärke abgenommen. Zwischen dem Lande und Schiffe waren einige große eisfreie Stellen und vor uns lange offene Rinnen. Am 18. Juli sah sich das Eis bei starkem Landwind in Bewegung, ich ließ heizen und um 3½ Uhr nachmittags dampften wir ab. Bald waren wir in offenem Wasser und konnten unter vollem Dampf gehen. Alles vollzog sich so ruhig und sicher, als wenn man gewöhnliche Docks verläßt. Nach 294 Tagen waren wir endlich frei.“

Aus einem andern nach hier gelangten Privatbriefe geben wir noch folgenden Auszug: „Den Winter haben wir im Eise nordwestlich von Beringland, nur 4000 Zoll vom Strand und nur 20 Meilen vom Beringland entfernt, zugebracht. Es war natürlich sehr unangenehm, daß wir diese kleine Entfernung nicht im vorigen Herbst zurücklegen konnten, aber es war rein unmöglich. Vom 28. Sept. 1878 bis 18. Juli 1879, somit 10 Monate, lagen wir einge-

froren. Wir hatten keinen andern Umgang als mit Tschuktschen, ein halbwildes Volk, dessen Sprache wir so allmählich zu lernen gezwungen waren. Dieselben waren sehr freundlich und hilfsreich. Die Tschuktschen sind mit Kleidern von Seehund- oder Rennthierfellen versehen, essen nichts anderes als Walisch, Watrosch oder Seehundsspeck (meist roh) und die Mehrzahl pflegt sich nicht zu waschen. Es ist ein eigenhümliches Volk, dessen Sitten und Sprache vorher wenig bekannt waren, aber die wir recht eingehend zu studiren Gelegenheit hatten. Lieutenant Nordquist widmete sich besonders dieser Aufgabe, und er wird später darüber schreiben. Lieutenant Palander nahm ungefähr 50 Photographien von Tschuktschen, von welchen 30 untafelhaft sind. Diese Bilder sind eine außerordentlich gute Acquisition, da man solche von Tschuktschen bisher nicht besessen. Der Freistunden während des langen Winters waren viele, denn außer sechs Stunden Dienst jeden dritten Tag für meteorologische und magnetische Untersuchungen in einem aus Eissäcken aufgeführten Observationshäuse, hatte ich nichts zu thun als zu studiren und zu schreiben.“

Aus der Cultur- und Religionsgeschichte des Königreichs Sachsen.

* Von der Elbe, 27. Oct. Neben die interessanten Entdeckungen, welche neuerdings meistens auf classischem Boden durch den Eisfär und die Spülkraft der Archäologen aus dem dunkeln Schoße der Erde zu Tage gefördert worden sind, darf man wol mit Recht das geräuschlose, aber nicht minder verdienstliche Vermögen

der archäologischen Forscher stellen. Einen überraschenden Beweis dafür, wie bis jetzt ganz unbekannt gebliebene Thatsachen im Staube alter Acten vergraben liegen können, bis eine glückliche Hand sie entdeckt und ans Licht bringt, liefert eine kürzlich erschienene Schrift des Archivar Dr. Distel (*), in welcher einerseits zum ersten mal, soviel uns bekannt ist, Kunde von einer nach Analogie der sächsischen Fürstenschulen im Jahre 1566 in schönburgischen Landen gegründeten, aber durch den Einfluß der theologischen Parteihändel jener Zeit sehr bald wieder aufgehobenen Landeschule, andererseits der Verlauf eines vom Kurfürsten August gegen Wolf von Schönburg, den Gründer der Henig-Schönburger Linie, geführten Staatsprozesses berichtet wird. Die dabei auf besonderes Verlangen des Kurfürsten angewandte Härte und Grausamkeit wirkt ein grettes Streiflicht auf das freundliche Bild, das man sonst von „Vater August“ sich zu machen gewohnt ist. Welche Thatsachen sind nun.

Wir geben im Nachfolgenden nur auszüglich das Wichtigste der Distel'schen Schrift wieder, welche namentlich im zweiten Theile nahezu das spannende Interesse einer Criminalnovelle erregt und keineswegs erathen läßt, wie mühsam das dazu erforderliche Material zusammengetragen werden mußte.

Die zu Gericowalde im Jahre 1566 errichtete Landeschule verbandte (im Zeitalter der Säcularisationen) ebenso wie die drei, andern die Beschaffung der nötigen Geldmittel „verledigten Klostergütern“. Aus den Trümmern eines im 11. Jahrhundert ge-

*) „Der Glacianismus und die schönburgische Landeschule zu Gericowalde“ (Leipzig, J. A. Barth).

Württemberg in den Saal trat, erhob der bisherige Präsident des Herrenhauses Herzog v. Ratibor den Ruf: „Se. Maj. unser allernäächster Kaiser und König Wilhelm, er lebe hoch!“ Begeistert stimmten die Anwesenden mit erhobener Rechten dreimal in den Ruf ein.

Se. Maj. verneigte sich huldvollst nach allen Seiten, erklagte die Stufen des Thrones, bedeckte das Haupt mit dem Helm und verlas mit vernehmlicher Stimme folgende Thronrede:

Erlauchte, edle und geachtete Herren von beiden Häusern des Landtages! Indem ich die Gesamtvertretung der Monarchie nach Erneuerung des Hauses der Abgeordneten wiederum begrüße, ist es mir Bedürfnis, nochmals den Geschluss innigen Dankes Ausdruck zu geben für die Beweise der Teilnahme, welche mir und meiner Gemahlin bei Gelegenheit des durch Gottes Gnade im Frühjahr begangenen Festes aus allen Kreisen des Volkes, zugleich unter reicher Befähigung des Patriotismus, gewidmet worden sind. In jenen Kundgebungen habe ich ebenso wie in den mannschaflichen Erneuerungen der Liebe und Treue, die mir neuerdings in verschiedenen Provinzen der Monarchie zuteil geworden sind, eine erhebende Bestätigung der Überzeugung gefunden, daß unter allem Wandel der Zeiten das innige Band zwischen Fürst und Volk, auf welchem das Erblübliche der preußischen Monarchie von jeher beruht hat, in alter Festigkeit besteht und eine weitere gesegnete Entwicklung verbürgt.

Die Finanzlage und der Staatshaushalt werden infolge der Mehreinnahmen, welche auf Grund der Steuerreform im Reiche aus den Erträgen der Zölle und der Tabaksteuer den einzelnen Staaten zustehen sollen, im Laufe der nächsten Jahre allmählich erhebliche Veränderungen und Erleichterungen erfahren. Dieselben könnten jedoch bei der Ausschüttung des Staates für das nächste Jahr noch nicht von entscheidender Bedeutung sein. Wenn auch aus den Erträgen der Reichssteuern eine nicht unbedeutliche Mehreinnahme schon für das nächste Jahr in Aussicht genommen werden kann, so wird doch die augenblickliche Finanzlage noch wesentlich durch die Nachwirkung der seitherigen Verhältnisse bestimmt.

Im letzten Verwaltungsjahre haben die Einnahmen zur Deckung der Ausgaben nicht hingereicht. Auch ist eine Erhöhung des Matricularbeitrags für das laufende Jahr unbedingt geworden.

Bei dem auf den meisten Gebieten der Erwerbstätigkeit fortlaufenden Lasten haben die Ausgabebeträge des Staates in den regelmäßigen Einnahmen des nächsten Jahres ihre Deckung nicht vollständig finden können. Die zur Ergänzung erforderlichen Mittel werden wiederum im Wege der Anteile zu beschaffen sein. Die daraus bezüglichen Geschehe werden Ihnen mit dem Staatshaushaltstaat unverzüglich vorgelegt werden. Meine Regierung hofft die Schwierigkeiten der jeweiligen Übergangszeiten zu überwinden, des Übergangs, so Gott will, zu einer Zeit neuen wirtschaftlichen und finanziellen Aufschwunges.

Im Erfüllung der dem Landtage während der vorigen Session ertheilten Zusage wird Ihnen alsbald der Entwurf eines Gesetzes vorgelegt werden, welches die Verbewbung der dem Staatshaushalte aus dem Ertrage der Reichssteuern zustehenden Mehreinnahmen zu Kassen- und Einkommenssteuererlassen, vorbehaltlich anderweitiger mit Zustimmung des Landtages darüber zu treffender Verfügung, zu regeln bestimmt ist.

Eine durchgreifende Reform der directen Besteuerung wird bis zu einer günstigeren Gestaltung der Finanzlage vorzubehalten sein.

Um aber eine für viele Gemeinden dringend wünschenswerthe Erleichterung ihres Haushaltes durch Erweiterung ihrer Einnahmeketten einzutreten zu lassen, wird Ihnen die Einführung einer Steuer vom Ausschank geistlicher Getränke und vom Kleinhandel mit Branntwein vorgeschlagen werden.

Der Entwurf dieses Gesetzes, von welchem zugleich eine heilsame Gegenwirkung gegen den in wirtschaftlicher und städtischer Hinsicht bedenklichen Antritt zu derartigen Geschäften erwartet werden darf, sowie ein senneter Gesetzentwurf wegen Besteuerung des Wanderlagerbetriebes zu Gunsten der Communen wird Ihnen demnächst zugehen.

gründeten und nach der erst 1542 in schönburgischen Landen vollzogenen Reformation aufgehobenen Nonnenklostern entstand auf herzoglichen Befehl die neue Schule, anfänglich auf 12 Alumnen berechnet, wozu bald noch 15 neue Stellen gefügt wurden. Ueber die innere Einrichtung dieses Alumneums, die Lehrer und Beamten, die Schulgesetze, den Lectionsplan etc. gibt der Verfasser in den Beilagen urkundlichen Nachweis. Beiläufig, als ein Seitenstück zu jener Gründung, sei erwähnt, daß Kurfürst August den Plan gefaßt hatte, in der Nähe seines Lieblingschlosses Augustusburg eine Art lateinischer Ritterakademie anzulegen.

Dag jene junge Pflanze, zu deren Gediehen so vieles Begünstigende vorlag, dennoch sobald wieder verkümmerte, sodass der Nachwelt keine Spur, ja nicht einmal die Tradition ihrer Existenz bisher verblieben war, findet in den historischen Erläuterungen des Verfassers, welche zum Theil ganz Neues über das Verhältniss August's zum schönburgischen Hause enthalten, genügende Erklärung.

In Kurachsen war damals die Melanchthon'sche Richtung offiziell zur Herrschaft gelangt. Der geringswalder Rector Hieronymus Haubold war aber orthodoxer Lutheraner und insbesondere eifriger Anhänger des Flacius — sehr zum Nachteil seiner Schule. Denn wie sehr der Kurfürst damals noch gegen Flacius und seine Anhänger eingezogen war, beweist unter anderm die Thatstache, daß derselbe, wie Dostel erzählt, auf seine neuen Kanonen den Spottvers eingraben ließ:

Die Flatianer und Zelotinen
Sind des Teufels Vorboten.

Zwei Geistlichen in Penig drohte wegen ihrer

In hervorragender Weise wird Ihre Mitwirkung auf dem Gebiete des Eisenbahnbewesens in Anspruch genommen werden. Durchdrungen von der Überzeugung, daß nur im Wege entschlossener Durchführung des Staats-Eisenbahnsystems die Eisenbahnen der öffentlichen Wohlfahrt mit solchem Nachdruck und Erfolg dienstbar gemacht werden können, wie dies die Interessen des Landes mit wachsender Stärke erheischen, hat meine Regierung mehrere Verträge vereinbart, welche die Überführung wichtiger Actien-Eisenbahnunternehmungen in die Hände des Staates zum Gegenstand haben. Dieselben werden alsbald Ihrer Beschlussfassung unterbreitet werden. Besonders vermöge der von ihr eingeschlagenen Schritte ist die Regierung in den Stand gesetzt, Ihnen zugleich die Ausführung neuer Eisenbahnlinien durch die Hand oder doch mit Unterstützung des Staates vorzuschlagen, dazu bestimmt, wichtige Landesteile aufzuschließen und mit dem vaterländischen Eisenbahnnetz in Verbindung zu bringen.

Auch die Verbesserung der Wasserstrassen bildet den Gegenstand angelegentümlicher Fürsorge meiner Regierung. In einer ausführlichen Denkschrift werden Ihnen die Biele dargelegt werden, welche die Regierung in planmäßiger Vorgehenden bei der Regulirung der fünf Hauptstrände, des Rheins, der Weser, der Elbe, der Oder und der Weichsel ins Auge gefaßt hat, und welche Gesamtmittel dafür erforderlich sind.

Die weitere Durchführung der Verwaltungsreform erfordert Abänderungen in der Einrichtung der höhern Verwaltungsbürokratie, deren gleichzeitige Einführung in dem gesamten Umfang der Monarchie zur Herstellung einer gleichmäßigen Organisation der allgemeinen Landesverwaltung geboten erscheint. Nicht minder bedarf es der Ausdehnung der Verwaltungsergebnisse und der Vorschriften über die Zuständigkeit und das Verfahren der Verwaltungsgerichte und der Verwaltungsbürokratie auf das ganze Staatsgebiet. Dieselbe wird bebegt durch eine Revision der beständigen Gesetze, welche, unter Aufrechterhaltung der Grundlagen derselben, die bei ihrer Handhabung hervortretenden Mängel beseitigt. In den Gesetzenmängeln, welche behufs Errichtung dieser Ziele Ihnen zur Beschlussfassung zugehen werden, sind zugleich Übergangsvorschriften vorgegeben, um die Wirksamkeit der neuen Einrichtungen in denjenigen Landesteilen sicherzustellen, welche der Verwaltungsreform entsprechende Kreis- und Provinzialordnungen noch nicht besitzen. Den Erfolg der legtern unangestellt zu fördern, wird meine Regierung sich angelegen sein lassen.

Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Ausbringung der Gemeindeabgaben, dessen Vereinbarung durch die Ausdehnung der Verwaltungsreform erleichtert, aber auch um so dringlicher wird, soll Ihnen von neuem vorgelegt werden.

Meine Regierung ist bestrebt gewesen, die durch die neue Organisation der Gerichte und die Einführung des neuen Prozeßverfahrens bedingten umfangreichen und vielseitigen Arbeiten so zu fördern, daß die am 1. Oct. d. J. in Kraft getretenen Reichs-Justizgesetze und die dieselben ergänzenden Landesgesetze einen geeigneten Boden sanden. Die neuen Gerichte haben ihre Tätigkeit sofort zu beginnen vermocht. Das erstrebte Ziel einheitlicher Handhabung des Rechtsvergleichs ist damit erreicht, und so die große nationale Aufgabe, ein einheitliches Deutsches Recht herbeizuführen, ihrem Abschluß wesentlich näher gebracht.

Der Entwurf einer für die ganze Monarchie bestimmten Jagdordnung, welcher den Mängeln der bestehenden Jagdpolizeigesetze Abhilfe verschaffen soll, wird Ihnen im Laufe Ihrer Berathungen zugehen.

Die auch in der vorigen Session nicht erledigte Vorlage über den Schutz der Fälder und Forsten wird ernst ein Gegenstand Ihrer Berathungen sein.

Meine Herren! Indem Ihnen hiermit wiederum ein ausgedehntes Feld wichtiger und mühevoller Arbeit eröffnet ist, darf ich das Vertrauen hegen, daß Sie meiner Regierung bereitwillige Unterstützung gewähren werden, um nächst den allgemeinen Aufgaben der Gesetzgebung besonders das Werk wirtschaftlicher Neugestaltung, welches durch die Reichsregierung hoffnungsvoll angebahnt ist, auch auf dem Boden der preußischen Staatsanstaltungen im Interesse aller Volkstreie erfolgreich durchzuführen.

In der versöhnlichen Wirkung solchen gemeinsamen Stre-

bens wird sich um so leichter auch der Ausgleich mancher Gegenseite finden lassen.

Es ist mein schulischer Wunsch, daß die beginnende Sessien den Frieden, der mir dringend am Herzen liegt, auch im Innern nach allen Richtungen fördere und dadurch eine segensvolle Bedeutung gewinne.

Das walte Gott!

Namentlich die auf den Frieden im Innern bezügliche Stelle der Rede wurde mit lautem Beifall begrüßt.

Während Se. Maj. mit den königlichen Prinzen den Saal verließ, rief der Alterspräsident des Abgeordnetenhauses, Abg. v. Bockum-Dolfs: „Se. Maj. der Kaiser und König lebe hoch!“ Die Versammlung stimmte lebhaft in denselben ein.

Die preußische Thronrede.

— Leipzig, 29. Oct. Die Thronrede, mit welcher der Kaiser und König in Person — und zwar, wie wir mit Freuden aus den Berliner Berichten ersehen, in vollster Kraft und Frische der Erscheinung und der Stimme — gestern den Landtag eröffnete, geht ziemlich ausführlich auf die ganze politische und wirtschaftliche Lage Preußens ein.

Den Mittelpunkt dieser Lage bildet natürlich das Budget. Dasselbe weist auch in diesem Jahre noch ein Deficit auf trotz der vom Reiche zurückliegenden Mehreinnahmen, ein Deficit, welches durch eine Anleihe gedeckt werden soll. Dabei spricht die Thronrede die Hoffnung aus, daß „eine Zeit neuen wirtschaftlichen und finanziellen Aufschwunges“ im Anzuge sei.

Das beim vorigen Landtage gegebene Versprechen, daß die den preußischen Finanzen zugute kommenden Mehreinnahmen aus den indirekten Reichssteuern zur Ermäßigung der directen Steuern in Preußen benutzt werden sollen, dieses Versprechen wird jetzt eingelöst durch Vorlegung eines dahin bezüglichen Gesetzes. Eine durchgreifende Reform der directen Besteuerung soll einer finanziell günstigeren Zeit vorbehalten bleiben.

Um den Communen Erleichterungen in ihren Bürgern zu verschaffen, wird eine Besteuerung des Brannweinschanks und der Wanderlager vorgeschlagen — Maßregeln, die zugleich tiefempfundene moralischen und wirtschaftlichen Uebeständen abhelfen sollen.

Ein weiterer wichtiger Punkt, vielleicht der wichtigste, der Thronrede ist die Durchführung des Systems der Verstaatlichung der Eisenbahnen. Die meisten der großen Linien, die noch nicht im Besitz des Staates sind, sollen durch Verträge in diesen Besitz übergehen und zugleich sollen mehrere neue Linien auf Staatskosten gebaut werden. Die Thronrede erklärt, daß nur auf diesem Wege „die Eisenbahnen der öffentlichen Wohlfahrt mit solchem Nachdruck und Erfolg dienstbar gemacht werden können, wie dies die Interessen des Landes mit wachsender Stärke erheischen“. Hiermit ist die Frage: ob Staats-, ob Privatbahnen? mit voller principieller Schärfe gestellt, und die Volksvertretung wird sie in dieser Schärfe und mit allen ihren Consequenzen zum Gegenstande ihrer Entscheidung machen müssen.

Weit weniger zweifelhaft als bei den Eisenbahnen ist es bei den Wasserstrassen, daß deren zweigemäße Herstellung und Instandhaltung nur von Staats wegen erfolgen kann, zumal die freie Bewegung auf den Wasserstrassen immerfort dem Privatverkehr überlassen

des deutschen Buchhandels, dem wohlwollenden Interesse mancher Verfasser und sonstiger Freunde, sowie dem Schriftentausche mit den Akademien, gelehrten Gesellschaften und Vereinen. Durch Ankauf erwarb sie manche seltene und wertvolle Incunabeln und Druckwerke des 16. und 17. Jahrhunderts. In Verbindung mit dem Museum ist ein besonderes Handelsmuseum mit freundlicher Unterstützung des Handelsstandes begründet worden, dem auch schon manche Gaben an interessanten Gegenständen, durch welche die Geschichte des Handels erläutert wird, zugeschlossen sind. In Publicationen konnte im abgelaufenen Jahr außer dem 25. Bande des Anzeigers für Kunde der deutschen Vorzeit nur eine neue Auflage des Wegweisers durch die Kunsts- und culturgeschichtlichen Sammlungen des Museums erscheinen. Seit Veröffentlichung des Jahresberichts für 1877 gingen ein Jahrzehnt (darunter der Beitrag des Deutschen Reiches für fünf Vierteljahr) 107442 M. 88 Pf. ein einmaligen Geldbeiträgen und befreit von Stiftungen 18619 M. 43 Pf. Die Gesamteinnahmen des Museums beliefen sich auf 144122 M. 81 Pf. und die Ausgaben auf 136223 M. 36 Pf. Die dem Jahresbericht beigelegte „Ansicht des Rathauses nach ihrem Ausbau“ zeigt, daß das Germanische Museum bereits ein ganzes kleines Stadtviertel umfaßt.

— Nachdem das königlich preußische Obertribunal nach nahezu zweihundertjährigem Bestehen (1702—1879) in dem neuen Deutschen Reichsgericht aufgegangen ist, bietet ein geschichtlicher Rückblick auf dessen Entstehung, Entwicklung und Wirksamkeit ein besonderes Interesse. Einem solchen und zwar einem sehr gründlichen, aus authentischen Quellen geschöpften, mit voller Pietät bearbeiteten, enthält das sogenannte Werk: „Geschichte des königlichen Ober-Tribunals zu Berlin von Dr. F. G. Sonnenklimb, Obertribunalrat. Mit drei Porträts, einer Ansicht des Kammergerichtsgebäudes in Lichtenau und vier Autographen“ (Berlin, Karl Heymann).

bleibt. N

Berlagen

Die L

peßimistisch

werden E

hin in

„Revision“

der bei ih

vertretung

„Revision“

nur „unte

zu Stand

von „Rech

fehlen, wi

Noch

erdnung

and Forst

Von

Später er

tungen.

der durch

bahnten wi

der preußi

rausenbvol

nimmt.

doch nur d

und Steu

form der

Die D

gleichung n

friedens a

Wünschen,

hochzige

sehen auf

in so rühs

nigste hegt

heit werde

* Berlin

heute seine

Am M

Das S

lichen Ge

marshall Q

hauen, S

das Herren

enthal.

Der P

tibor, erb

ordnung di

forischen G

v. Neuman

an das Ho

Reine S

lassen Sie

wir in der

unter dem

Eintrech

so

Gnade sich

währt hat.

tigsten Ge

Hochzeitsfei

dauses die C

Theilnahme

gestellter G

ehele, greif

bleibt. Auch in dieser Richtung sollen umfassende Verlagen erfolgen.

Die Verwaltungsreform wird nicht, wie einzelne pessimistische Stimmen prophezeiten, stillstehen; vielmehr werden Erweiterungen derselben nach mehreren Seiten hin in Aussicht gestellt. Dass dabei zugleich eine "Revision" der betreffenden Gesetze "zur Befestigung der bei ihrer Handhabung hervorgetretenen Mängel" angekündigt wird, kann nicht überraschen. Die Volksvertretung wird darüber zu wachen haben, daß diese "Revision", dem hier gegebenen Versprechen gemäß, nur "unter Aufrechthaltung der Grundlagen derselben" zu Stande komme. Die Frage der "Förderung" von "Kreis- und Provinzialordnungen", wo solche noch fehlen, wird gewiß erwünscht sein.

Noch wird der Landtag sich mit einer neuen Jagdordnung und einem Gesetze zum Schutz der Helden und Herren zu beschäftigen haben.

Bis hierher ist die Thronrede rein geschäftlich. Später erhebt sie sich zu einigen allgemeinen Betrachtungen. Zuerst deutet sie hin auf die Durchführung der durch die Reichsgesetzgebung hoffnungsvoll angebahnten wirtschaftlichen Reform, „auch auf dem Boden der preußischen Staatseinrichtungen“, wofür sie vertrauensvoll die Unterstützung des Landtags in Anspruch nimmt. Damit können bewandten Umständen nach doch nur die Veränderungen in der preußischen Finanz- und Steuergesetzgebung gemeint sein, die aus der Reform der indirekten Steuern im Reiche fließen.

Die Thronrede schließt mit Wünschen für „Ausgleichung mancher Gegenseite“ und für „Förderung des Friedens auch im Innern nach allen Richtungen hin“ — Wünschen, von denen man sicher sein kann, daß der hochherzige und selbstlose Sinn des Kaisers, der sich soeben auf dem Gebiete der großen deutschen Politik in so rührender Weise bewährt hat, sie auf das Innigste hegt und gewiß, soviel an ihm ist, zur Wahrheit werden zu lassen bemüht sein wird.

Vom preußischen Landtage.

* Berlin, 28. Oct. Das Herrenhaus hielt heute seine erste Plenarsitzung.

Am Ministerium niemand.

Das Haus ist stärker besucht als früher bei ähnlichen Gelegenheiten. Man bemerkt unter andern Feldmarschall Graf v. Moltke, Staatsminister a. D. Camphausen, Staatssekretär Dr. Friedberg und den neu in das Herrenhaus berufenen Staatsminister Dr. Friedenthal.

Der Präsident der vorigen Session, Herzog v. Ratibor, eröffnete auf Grund des §. 1 der Geschäftsordnung die Sitzung um 1½ Uhr, ernannte zu provisorischen Schriftführern die Herren Dieze, Thenne, v. Neumann und Graf v. Biezen-Schwerin, und richtete an das Haus folgende Ansprache:

„Meine Herren! Bevor wir unsere Arbeiten beginnen, lassen Sie uns mit Dank gegen Gott daran gebeten, daß wir in der gegenwärtigen Session nicht wie in der vorigen unter dem Druck eines tieferliegenden patriotischen Gefühls eintrete, sondern daß wir uns freuen können, daß Gottes Gnade sich so reichlich und mannigfaltig an Sr. Maj. bewährt hat. Sr. Maj. dem Könige und seiner durchlauchtigen Gemahlin wurde die hohe Freude der Goldenen Hochzeitsfeier zuteil, bei der auch das Präsidium des Herrenhauses die Gesäß der ehrenwerten und ehrenvollen Teilnahme auszusprechen die Ehre hatte. In wiederholter Gestalt und Rücksicht widmet sich der allverehrte, greise Monarch den Obliegenheiten seines hohen königlichen Berufs. Wie wir heute, so haben davon in den vorigen Wochen die beiden Provinzen Preußen und Pommern und die Reichsstände unmittelbar Zeugen sein können. Gott erhalte Sr. Maj. noch lange in ungeschwächter Kraft und Gesundheit, und um Zeugnis davon zu geben, daß Sie mit mir einverstanden sind, fordere ich Sie auf, in den Ruf einzustimmen: „Sr. Maj. unser allernäsigster König und Herr, er lebe hoch! und nochmals hoch! und immer hoch!“ (Das Haus erhebt sich und stimmt begeistert dreimal in den Ruf ein).

Hierauf macht der Präsident Mittheilung von den seit dem Schlusse der vorigen Session in dem Personalbestande des Hauses erfolgten Veränderungen. Es sind verstorben die Herren Generalfeldmarschall Graf v. Noen, Oberbürgermeister Offenberg-Münster, Frhr. v. Senden, v. Jenne auf Köthen, v. Chlapowski-Lutew, Generalauditeur Dr. Fleck, Landhofmeister im Königreich Preußen Graf zu Eulenburg-Witten, Bürgermeister Denhard-Straßburg, Will. Geh. Oberfinanzrat a. D. Wilsdorf.

Die Mitglieder erheben sich zum ehrenden Andenken an die Geförderen von ihren Sigen.

Neu in das Haus berufen, resp. bereits eingetreten sind die Herren Geh. Regierungsrath Bredt-Barmen, auf Lebenszeit aus allerhöchstem Vertrauen ins Herrenhaus berufen; Frhr. v. Bodenhausen; Frhr. v. Bohlen; Rittergutsbesitzer v. Borsig-Grabow; Geh. Justizrat Bürgers-Bonn; Frhr. v. d. Busch-Oppenburg; Kammerherr v. Brand-Lauchstädt; Senatspräsident Egeling, zugleich mit der Berufung zum Kronsyndikus; Graf zu Eulenburg-Liebenburg; Oberbürgermeister Dr. v. Forckenbeck-Berlin; Oberbürgermeister Friedensburg-Breslau; Staatsminister Dr. Friedenthal; Bürgermei-

ster Helfrich-Greifswald; Geh. Commerzienrat Lothysius-Saint-Goarshausen; Kammergerichtspräsident Meyer, zugleich als Kronsyndikus; Graf Matuschka; Oberpräsident Frhr. v. Münchhausen; Fürst v. Radolin-Radolin; Fürst Ferdinand Radziwill; Frhr. v. Scheel-Plessen; Oberbürgermeister v. Scheffer-Borchorst; Graf v. d. Schulenburg-Lieberose und Graf zu Solms-Baruth.

Auf der Tagesordnung steht die Constitution des Hauses; der Namensaufruf ergibt 86 anwesende Mitglieder, das Haus ist demnach beschlußfähig. Graf zur Lippe macht den Vorschlag, das Präsidium der vorigen Session durch Acclamation wiederzuwählen. Da ein Widerspruch nicht erfolgt, so ist das vorjährige Präsidium (Herzog v. Ratibor, Graf v. Arnim-Boisenburg und Oberbürgermeister Hasselbach) wieder gewählt. Sämtliche Herren erklären sich zur Annahme der Wiederwahl bereit.

Zu Schriftführern wählt das Haus auf Vorschlag des Grafen Ritterberg die Herren Dr. Dernburg, Dieze, Graf v. Königsmardt-Plaue, v. Neumann, v. d. Osten, v. Schönig, Theune und Graf v. Biezen-Schwerin.

Die Abteilungen werden sich morgen um 12 Uhr constituiiren und die Wahlen der Fachcommissionen vornehmen.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Tagesordnung: Bereidigung der neueingetretenen Mitglieder, Wahl zweier Mitglieder für die statistische Centralcommission, Beschlusshaltung über die geschäftliche Behandlung der bereits eingegangenen Gesetzentwürfe betreffend die Ergänzung der Vorschriften über die Verhältnisse der Dienstboten und betreffend die vagirenden und Gastgemeinden der evangelischen Kirche in der Provinz Schlesien.

Das Abgeordnetenhaus trat nach 1 Uhr zusammen, die Abgeordneten fanden sich in so großer Zahl im Hause ein, daß die Beschlusshfähigkeit ohne jeden Zweifel mehr als erreicht war.

Um 1 Uhr 25 Min. eröffnet Abg. v. Voit-Dolfs die Sitzung mit folgenden Worten:

„Meine Herren! Nach den Ermittlungen des Bureau bin ich das älteste Mitglied des Hauses. Ich bin am 19. Febr. 1802 geboren; ich stelle an das Haus die Frage, ob jemand da ist, der früher geboren ist. Das ist nicht der Fall. Wir beginnen unsere Arbeiten, die, so Gott will, dem Lande zum Segen gereichen mögen, mit dem Rufe, der in Christus und Treue erschallt: „Sr. Maj. der Kaiser von Deutschland und König von Preußen Wilhelm, er lebe hoch! nochmals hoch! und abermals hoch!“ (Das Haus stimmt dreimal begeistert ein). Meine Herren, ich nehme an, daß wir die bisherige Geschäftsausordnung bis auf weiteres beibehalten. Infolge dessen erkenne ich die Herren Abg. Sachse, Frhr. v. Minnigerode, Grütinger und Dr. Langerhans zu Schriftführern. Nach Art. 108 der preußischen Verfassungsurkunde haben die Mitglieder des Hauses den Eid auf die Verfassung zu leisten; diejenigen Herren, welche das noch nicht gethan haben, werden später dazu aufgefordert werden. Ich mache auf §. 6 unserer Geschäftsausordnung aufmerksam, nach welchem die Weigerung des Eides auf die Verfassung von der Mitgliedschaft des Hauses ausschließt. Die Verlosung in die Abteilungen kann noch heute stattfinden, und werde ich mir erlauben, die letzteren für morgen 11 Uhr früh zur Vornahme von Wahlpräzessionen einzuladen.

Hiermit schließt die Sitzung um 1 Uhr 35 Min.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr; Tagesordnung: Wahl des Präsidiums und der Schriftführer.

Die Evangelische Generalsynode in Berlin.

In der Sitzung am 28. Oct. ist der erste Gegenstand der Tagesordnung die Beratung eines Antrages der rheinischen Provinialsynode, dahin gehend, daß den Geistlichen die Ablehnung, resp. Niederlegung der Schulinspektion ohne australische Zustimmung des Consistoriums gestattet und nur die Erwartung ausgesprochen werde, daß sie den bezeichneten Schritt nur nach motivirter Anzeige an die kirchliche Aufsichtsbehörde und zwar erst 14 Tage nach dieser Anzeige thun.

Referent Evertsbüch empfiehlt, dem Antrage der rheinischen Synode zuzustimmen, wogegen Oberkirchenratspräsident Hermes den vom Oberkirchenrat bisher festgehaltenen entgegengesetzten Standpunkt verteidigt und unter Betonung der Möglichkeit, daß die durch die Schulaufsichtsfrage hervorgerufene Missstimmung manchen Geistlichen zur unbedachten Niederlegung der Schulinspektion verleiten könne, den Übergang zur Tagesordnung anheimgibt.

Die Synode beschließt hierauf Übergang zur Tagesordnung.

Es folgt der Bericht der Finanzcommission über die Vorlage, betreffend die Feststellung des Vertheilungsmaßstabes für die Kosten der Generalsynode. Ohne Debatte wird auf Antrag der Commission der Vertheilungsmaßstab dahin festgestellt, daß die Kosten auf die Provinzen der Landeskirche nach Maßgabe der Gesamtleistung der evangelischen Gemeindeglieder an Klassen- und classificirter Einkommensteuer aufgebracht werden, die Grund- und Gebäudesteuer also, welche die Vorlage gleichfalls in Rechnung stellte, außer Berücksichtigung bleibt.

Dritter Gegenstand ist der Bericht der Petitionscommission über eine Petition des Vorstandes der

Kreissynode Franzburg, betreffend Aenderung der Ferienordnung der höheren Schulanstalten im Interesse der Sonntagsruhe und Sonntagsselbstzeit.

Der Referent Herdt, beantragt namens der Commission, den Oberkirchenrat aufzufordern, an geeigneter Stelle dahin wirken zu wollen, daß bei Festsetzung der Ferien in den höheren Lehranstalten sowie in den Militärbildungsanstalten thunlichst darauf Rücksicht genommen werde, daß den Schülern der Besuch des Sonntagsgottesdienstes sowie die Sonntagsselbstzeit überhaupt nicht beschränkt werde. Nach kurzer Empfehlung dieses Antrages durch Dr. Baur wird der selbe mit großer Majorität angenommen.

Deutsches Reich.

Preußen. Die National-Liberale Correspondenz schreibt über die Thronrede, dieselbe habe mit Ausnahme der einen Stelle, wo der Kaiser-König mit geheimer Befriedigung auf die zahlreichen Kundgebungen der Liebe und Treue ansichtig der Goldenen Hochzeitsfeier hinwies, einen streng geschäftlichen nüchternen Ton und Inhalt. „Sie grenzt den Arbeitsstoff der jetzt beginnenden Session, ganz in der Weise ab, wie schon seit geraumer Zeit bekannt gewesen. Im Mittelpunkt steht die Feststellung des Staats. Die Thronrede bestätigt, daß die Wirkungen der Steuer- und Polizeireform im Reiche auf die Finanzlage des preußischen Staates bisher noch nicht von entscheidender Bedeutung gewesen sind, daß bei dem noch immer auf der Erwerbstätigkeit lastenden Druck das Gleichgewicht zwischen regelmäßigen Einnahmen und Ausgaben nicht herzustellen war, daß das Deficit wieder durch eine Anleihe gedeckt werden muß. Eine durchgreifende Reform der direkten Besteuerung wird bis auf günstigere Seiten vorbehalten; einstweilen wird auf dem Gebiete des staatlichen Steuerwesens nur der bekannte, zunächst einen rein theoretischen Werth besitzende Gesetzentwurf über die Verwendung von Ueberschüssen aus der Reichs-Steuerreform zu erlassen an der Klassen- und Einkommensteuer vorgelegt werden. In stärkerem Maße wird auf dem Gebiete des Communalsteuerwesens die Gesetzgebung in Anspruch genommen werden. Nicht nur das Gesetz über die Aufbringung der Gemeindenabgaben wird wiederum eingeführt, sondern auch die Einführung einer Schanksteuer und einer Besteuerung der Wanderlager vorgeschlagen werden. Weiter kündigt die Thronrede die großen Eisenbahnvorlagen an und im Zusammenhang mit dem Ankauf wichtiger Privatbahnen den Bau neuer Eisenbahnlinien. Daneben soll auch ein umfassender Plan über die Verbesserung der Wasserstrassen in der ganzen Monarchie vorgelegt werden. Auf dem Gebiete der Verwaltungsreform sollen Änderungen in der Einrichtung der höhern Verwaltungsbehörden und eine Ausdehnung der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie der Vorschriften über die Zuständigkeit und das Verfahren der Verwaltungsbehörden auf das ganze Staatsgebiet vorgeschlagen werden, unter gleichzeitiger Revision der bezüglichen Gesetze. Eine neue Jagdordnung und die aus der vorigen Session bekannte Vorlage über den Schutz der Helden und Herren bilden den Schluss der in der Thronrede angekündigten gesetzgeberischen Arbeiten. Es ist sehr bemerkenswert, daß über Gesetzentwürfe aus dem Reiseort des Cultusministeriums nicht ein Wort in der Thronrede enthalten ist. Weder auf dem Gebiet der Schule noch der Kirchenpolitik wird irgendeine Vorlage in Aussicht gestellt; der Lage des „Culturlampfes“, der Verhandlungen mit Rom wird nicht einmal mit einer Andeutung gedacht; es wird nur der vieldeutige Wunsch geäußert, daß die Session den Frieden auch im Innern nach allen Richtungen fördern möge. Im übrigen aber geht die Thronrede über all die Fragen, die recht eigentlich den Mittel- und Schlüsseelpunkt unserer ganzen politischen Situation bilden, mit absolutem Stillschweigen hinweg. Man wird daraus schließen dürfen, daß auf diesem Gebiete alles noch viel zu wenig geklärt und vorgeschritten ist, als daß es die Regierung ratsam finde, sich jetzt schon nach irgend einer Seite die Hände zu binden. Man wird mit Sicherheit nur annehmen können, daß für den Augenblick wenigstens gesetzgeberische Maßnahmen auf diesem Gebiete nicht in Aussicht genommen sind. Auch die im Vordergrunde des allgemeinen Interesses stehenden Fragen der auswärtigen Politik wurden in der Thronrede nicht berührt. Dieselben gehören freilich zur Competenz des Reiches, aber im Hinblick auf die lange Zeit, die noch bis zur Reichstagsession aussieht, war doch vielfach der Wunsch gehegt worden, die Thronrede möglicherweise einige Auflösungen bringen.“

— Die National-Zeitung bemerkt zu der Feierlichkeit der Landtagseröffnung: „Der Kaiser überraschte die Anwesenden durch die Frische seiner Erscheinung und namentlich ist hervorzuheben, daß er die Thronrede mit ausnehmend wohlkluger und kräftiger Stimme verlas; die erhebliche Länge derselben brachte allerdings die Notwendigkeit mit sich, einmal eine

längere Pause zu machen. Die Ankündigung der Schanksteuer wurde von beifälligem Gemurmel begleitet; dasselbe wiederholte sich, wenn auch in abgeschwächter Weise, bei der Ankündigung einer Steuer auf Wandlerlager. Ein kräftiges allseitiges Bravo ertönte bei der Stelle, welche die Förderung des Friedens auch im Innern betont; es war dies die einzige Stelle, welche der Kaiser durch nachdrücklichere Betonung hervorhob.“

Über das Verlesen der Thronrede durch den Kaiser schreibt man der Magdeburgischen Zeitung: „Fast ungeheure von der Last seiner Jahre bestiegt der König festen Schrittes den Thron und verliest, nachdem er sein Haupt mit dem Helme bedekt, die Thronrede. Die Stimme des greisen Monarchen klingt voll und wohlklangend; kaum daß irgendwo eine Abschwächung des Organes oder irgendeine sonstige Störung bemerkbar wird. Es sei an dieser Stelle zu erwähnen gestattet, daß die Thronrede eigens für Se. Maj. mit außerordentlich großen Lettern hergestellt wird, damit der König, trotz seiner Weitsichtigkeit, die Worte bequem und ohne das Brillenglas beugen zu müssen, lesen könne. Wer scharfe Augen hatte, konnte von den Zuschauertribünen aus die großen, scharfen Charaktere des Drucks recht gut gewahren.“

— Die Neue Preußische Zeitung berichtet aus Berlin vom 28. Oct.: „Die Vereinigung der bisherigen conservativen und neuconservativen Fraction zu einer großen conservativen Fraction hat unter Beihilfung zahlreicher neugewählter Mitglieder des Abgeordnetenhauses gestern Abend stattgefunden. Man einigte sich dahin, daß die Fraction ohne besondere Zusatz die einfache Bezeichnung «conservative fraction» führen solle.“ Und weiter: „Wie wir hören, hat die vereinigte conservative Fraction sich unter einem provisorischen Vorstande constituiert, der aus den vier Mitgliedern besteht, welche die Aufforderung zur Theilnahme an der gestrigen Versammlung unterschrieben hatten.“

Die National-Liberale Correspondenz bemerkt über diese Fusion der Alt- und Neuconservativen: „Diese wird allerdings die parlamentarische Situation wesentlich ändern, und in nicht erfreulicher Weise. Die Tragweite des Vorganges wird sich erst dann ganz ermessen lassen, wenn das Programm der vereinigten Partei genauer bekannt sein wird. Uebrigens scheinen auch manche rechts von den Freiconservativen stehende conservative Abgeordnete mit der Verschmelzung nicht einverstanden zu sein, und eine Verstärkung der freiconservativen Fraction kann infolge dessen wohl erwartet werden. Schon jetzt sollen deutliche Symptome starker Meinungsverschiedenheiten innerhalb der neuen Fraction zu Tage treten.“

Wir möchten uns hier an das Presseorgan der national-liberalen Fraction die Frage erlauben: War irgend etwas, direct oder indirect, von Seiten dieser letzten geschehen, um die Bildung einer conservativen liberalen Mittelpartei anzubahnen und dadurch möglicherweise die Fusion der Neuconservativen mit den Altconservativen zu verhindern?

— Die Poste berichtet unterm 28. Oct.: „Die freiconservative Fraction hat gestern Abend eine Sitzung gehalten, in welcher definitive Beschlüsse nicht gefaßt, sondern nur der einstimmige Wunsch zum Ausdruck gebracht wurde, den Abg. v. Bennigsen zum ersten Präsidenten zu erwählen. Mit den benachbarten Fractionen, den Neuconservativen und National-Liberalen, soll in Beziehung getreten werden, ein Compromiß mit dem Centrum wurde prinzipiell abgelehnt.“

— Die Volks-Zeitung erklärt: „Dass die Fortschrittspartei für Hrn. v. Bennigsen stimmen sollte, halten wir für ganz unmöglich. Angeicht eines Compromisses zwischen National-Liberalen, Frei-, Neu- und Altconservativen ist eine Wahleinstellung das einzige, was zu thun übrigbleibt.“

— Offiziös wird aus Berlin von 27. Oct. berichtet: „Die Nachricht eines hiesigen Blattes von einer Conferenz, welche drei hier anwesende deutsche Botschafter unter Assistenz des Grafen Herbert v. Bismarck im Auswärtigen Amt abgehalten haben sollen, ist ein Phantasiestück. Der Graf Herbert v. Bismarck hat Barzin vor längerer Zeit verlassen und sich in den letzten Tagen nicht in Berlin befinden. Die drei Botschafter mögen bei den üblichen Besuchen im Auswärtigen Amt einander begegnet sein; daß sie keine Conferenz gehalten haben, braucht kaum gesagt zu werden.“

Die National-Zeitung berichtet: „Der Botschafter Graf Münster hat gestern Abend 10 Uhr Berlin wieder verlassen, um über Hannover auf seinen Posten nach London zurückzukehren. Die Nachricht hiesiger Blätter, daß am Sonntag im Auswärtigen Amt eine Conferenz der drei deutschen Botschafter in London, Paris und Petersburg, Graf Münster, Fürst Hohenlohe und General v. Schweinitz, stattgefunden habe, ist schon aus dem Grunde nicht richtig, als der letztere erst am Montag früh hier eingetroffen ist und der Fürst Hohenlohe, soweit wir wissen, gar nicht in Berlin anwesend war.“

— Aus Berlin vom 28. Oct. wird berichtet: „Die Großfürsten Sergei und Paul von Russland trafen gestern Abend 7½ Uhr aus Frankreich kommend hier ein und wurden bei der Ankunft vom russischen Botschafter v. Dubril und dessen Personal und dem Commandanten Generalmajor Grafen v. Wartensleben empfangen und vom Lehrter Bahnhofe nach dem russischen Botschaftshotel geleitet, wo höchstselbst während ihres Aufenthaltes in Berlin Wohnung genommen haben. Im Laufe des heutigen Nachmittags begrüßten die beiden Großfürsten Se. Maj. den Kaiser und die hier anwesenden Prinzen. Soweit bis jetzt bestimmt, gedenken dieselben heute Abend ihre Rückreise nach Petersburg fortzusetzen.“

— Am 26. Oct. beginnt in Berlin der Chef des Großen Generalstabes Feldmarschall Graf Moltke (geboren 26. Oct. 1800) in aller Stille im Kreise seiner nächsten Verwandten seinen Geburtstag. Der greise Schlachtender hat strenge Ordre gegeben, außer einigen namhaft gemachten Personen an diesem Tage niemand Zutritt zu ihm zu gestatten. In der Früh nahm er die Glückwünsche seiner Adjutanten und seiner nächsten Verwandten, Frau v. Bort, Hauptmann v. Bort und Grafen v. Moltke aus Charlottenburg, entgegen und empfing noch im Laufe des Vormittags die Gratuulanten Oberconsistorialrath Stahn und den Hilfsadjutanten v. Steinäcker, der dem Grafen ein Handschreiben Se. Maj. des Kaisers überbrachte. Se. Maj. der König von Sachsen sandte dem Feldmarschall nebst einem Glückwunschrücklein ein lebensgroßes Doppelporträt in prächtigem goldenem Rahmen. Von nah und fern gingen an diesem Tage unzählige Glückwunschrücklein und Depeschen ein.

— Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: „Die mit so viel Ausdauer verbreiteten Gerüchte über Ministerveränderungen, die schon seit einiger Zeit in der Luft schweben sollen, sind von uns wiederholt als jedes Grundes entbehrende Erfindungen charakterisiert worden. Wir nehmen heute Anlass, diesen Gerüchten, namentlich sofern sie sich auf den Finanzminister beziehen, nochmals mit aller Bestimmtheit entgegenzutreten.“

— Die Neue Preußische Zeitung berichtet: „Bei dem Empfange des Präses der Generalsynode durch Se. Maj. den Kaiser und König soll Se. Maj. bei dem Bericht über den Gang der Synodalverhandlungen sich besonders eingehend nach der am Sonnabend stattgehabten Berathung über das Verhältnis der evangelischen Landeskirche zur Schule und nach der Rede des ersten Referenten Dr. Schrader erkundigt haben.“

— Man berichtet uns aus Berlin vom 28. Oct.: „Heute ging eine Depesche von Reulleux aus Sydeney an das Reichskanzleramt hier ein, welche mittheilt, daß die deutsche Abtheilung die größte Anerkennung finde.“

— Offiziös wird geschrieben: „Belanntlich hat die Generalsammlung der Potsdam-Magdeburger Eisenbahn die Offerte wegen lästlicher Überlastung an den Staat nicht angenommen. Gleich darauf wurde eine Agitation ins Werk gesetzt, um eine Erhöhung der Convertirungsprämie herbeizuführen, und eine Anzahl Männer, welche an dem Aktienkapital mit großen Summen beteiligt sind, leisteten der Agitation Vorschub. Indes werden diese Bemühungen keinen Erfolg haben, da die Staatsregierung ihr nach rechtl. Erwägung gestelltes Angebot nicht ändern wird. Auch die analogen Speculationsbestrebungen bezüglich der Rheinischen Eisenbahn können auf keinen Erfolg nicht rechnen.“

— In einem Artikel „Die Krise unserer evangelischen Kirchenverfassung“ sagt die National-Zeitung: „Hatte schon der Verlauf der Werner'schen Angelegenheit in diesem Sommer gelehrt, daß die Erwartung, welche bei Ablehnung des Abschiedsgesuches des Präsidenten Hegel in dem königlichen Erlass vom 15. Juni 1877 ausgesprochen wurde, daß derselbe nämlich das ihm hierdurch erwiesene Vertrauen durch treue Befolgung der von Se. Maj. für die evangelische Kirche gegebenen Gesetze rechtfertigen und sich der höhern Entscheidung auch dann fügen werde, wenn seine abweichende Ansicht, die auszutragen ihm gleich jedem Staatsräthr. unbenommen sei, nicht berücksichtigt werden könnte, in ganz eignethümlicher Weise in Erfüllung gehen sollte, so haben die jüngsten Verhandlungen auf der Generalsynode wiederholt das Schauspiel geboten, daß der Präsident des brandenburgischen Consistoriums die wahlisch weit genug entgegengestreckte Hand des Oberkirchenrathes zurückwied und die Anträge und Vorschläge desselben durch seine eigenen Anträge durchkreuzte und zu Fall brachte. Der Präsident des Oberkirchenrathes oder sein Commissar mögen erklären, was sie wollen, und wiederholt bitten, einen Commissionsbeschluß nicht anzunehmen — Präsident Hegel befürwortet denselben und die Versammlung hält ihn aufrecht. Das sind ungesehene Verhältnisse! Es ist ein offenkundiges Geheimnis, daß weder die Herren Hofprediger im Oberkirchenrath, noch der Präsident des brandenburgischen Consistoriums in diesem sei-

nem eigenen Collegium die Majorität für sich haben, sondern daß sie sich je darin in der entschiedenen Minorität befinden. Die Majorität beider Behörden hat ihnen gegenüber den guten Willen, die bestehenden Gesetze strikt auszuführen, und zwar nicht bloß, wie einmal da sind, und sie zu ihrem Schutz und zu ihrer Pflege amtlich verpflichtet sind, sondern ebenso sehr, weil sie zu dem nach schweren Wehen zu Stande gebrachten Werke, unbeschadet einzelner in solchen Fällen unvermeidlicher Mängel, denen abzuholen die Erfahrung lehren wird und zum Theil schon gelehrt hat, das Vertrauen haben, daß es lebensfähig ist, und daß es unserer evangelischen Kirche zum Segen gereichen wird. Diese Majorität ist aber auf gutem Wege, durch die moralische und materielle Unterstützung, welche ihre Minorität, die diese Ansicht nicht teilt und die vielmehr die ganze Gemeinde- und Synodalsordnung lieber heute wie morgen über den Haufen werfen möchte, bei der Generalsynode findet, majoritiert und tyrannisiert zu werden. Eigentlich hätte ja freilich diese letztere, welche ihre ganze Christen und Zusammenstellung ebendieser neuen Kirchenordnung verdankt, ihrerseits allen Anlaß, sich ihr auch wahrhaft zugethan zu zeigen. Die Wahlen sind ja doch ganz nach Wunsch ausgefallen! Dafür ist indessen wenig Sinn in derselben zu finden; und wenn es nach dem Willen der Herren Pastoren darin allein ginge, so hätte entschieden bereits das lezte Stündlein der neuen Ordnung geschlagen. Zum Glück aber enthält die Synode doch auch Mitglieder, denen durch ihre sonstige Lebensstellung der Grundsatz: «Noblesse oblige», bekannt ist, und die sich somit nicht lediglich als Vertreter der durch das für die Wahlen gültige «Filtersystem» fast ausschließlich zur Vertretung gelangten Anschauungen ansehen, sondern die auch einen Sinn dafür haben, daß es in unserer evangelischen Kirche auch noch andere Strömungen gibt, die nur der ignoriren kann, dem es nur um Geltendmachung seiner eigenen Überzeugung, koste es, was es will, und mag auch das Ganze noch so großen Schaden dabei leiden, zu thun ist.“

— Seitens des westfälischen Clerus ist nunmehr die zweite Eingabe auf das Antwortschreiben des Cultusministers v. Puttkamer eingegangen. Es wird darin der Antrag vom 13. Aug. wiederholt, es möglichen diejenigen Hindernisse beseitigt werden, welche den katholischen Organen bei der Erteilung des katholischen Religionsunterrichts bereitet werden. In seinem Schreiben hatte der Cultusminister bemerkt, daß der Grund, welcher die Staatsregierung in die Nothwendigkeit versetzt habe, einschränkende Verfülgungen betreffs der Erteilung des Religionsunterrichts zu erlassen, in dem beinahe einstimmigen und systematischen Widerstande der katholischen Geistlichkeit gegen die Staatsgesetze zu suchen sei. Hierauf erwidert der westfälische Clerus in seiner neuen Eingabe, daß der dem Clerus zur Last gelegte Widerstand gegen die Staatsgesetze sich nur den kirchenpolitischen Gesetzen der letzten Jahre gegenüber behält habe, in dieser Hinsicht aber eine veränderte Haltung der katholischen Geistlichkeit auch für die Zukunft nicht in Aussicht gestellt werden kann. Es heißt dann weiter:

Wenn es der Staatsregierung, wie wir wünschen und hoffen, jetzt gelingt, mit dem apostolischen Stuhle eine Vereinbarung zur Befestigung der durch jene Gesetze geschaffenen Nothlage herbeizuführen, so wird den katholischen Organen die Veranlassung zu fernern Widerstande benommen und die katholische Bevölkerung zufrieden gestellt sein. Immer und unter allen Umständen bleibt die Einschließung des apostolischen Stuhles Norm für unser Verhalten. Entweder muß die Staatsregierung mit den katholischen Organen über die Einführung des Religionsunterrichts in den schulpflichtigen Unterricht sich verständigen oder sie muß für die katholischen Kinder den Schulzwang aufheben und den Katholiken gestatten, daß sie für ihre Kinder eigene Schulen errichten. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß es zw. Ex. gelingen werde, die Kirche in ihrem unveränderlichen Besitzstand rücksichtlich der Schule selbst dann wieder einzufinden, wenn die unsaglich betrübenden, durch die kirchenpolitische Gesetzgebung geschaffenen Umstände noch fortzubauen sollten.“

Elsas - Lothringen. + Strassburg, 24. Oct. Die Vorlesungen an unserer Universität haben letzten Montag begonnen. Soweit es sich bis jetzt vorstellen läßt — die Einschreibungen schließen erst am 12. Nov. — wird diese Winterfrequenz jene in allen früheren Semestern übersteigen. Letzten Mittwoch ließen sich auch der Herzog von Mecklenburg-Strelitz, ältester Sohn der Großfürstin Katharina, und ein Prinz von Meiningen einschreiben. Ersterer wird, da eine passende Privatwohnung nicht zu erhalten war, vorerst im Gasthof zur Stadt Paris logieren; der Prinz von Meiningen hat eine neuerrichtete Villa auf dem Contader bezogen. In wenigen Wochen wird die erste der neuen Universitätsbauten, nämlich die Sternwarte, vollendet sein. Dieselbe umfaßt drei im Dreieck stehende Gebäude, zunächst den Hauptretractor, in dessen eisernem, dreibarem Kuppelbau das große Teleskop aufgestellt wird, dann das mit zwei Thürmen versehene Hauptobservatorium und endlich die Wohnungen des Directors und eines Dieners. Die Übergabe der beiden erstern an die Universität erfolgt am 1. April 1880.

Die Entwurf Alle Ge Autokrat fungiert an der Majorität schieden sehr waren, die ihrem Abre Phrasen sie ein Coordinatio Weiter Wäre G mentarisch geprägt w seine Entla weder confe wie er wied noch zu jenseit merkte, ein drunter fes eine Stunde füllte himm zum des dem Strom bis Etwas zunächst, b rätsantrage gebung des den Herren Einführung wurde der Minoritätsmission ab. Actionärs sind das sich nu und zwar barung, an gegen die men. Gra angehörige schließlich „Hierdurch“ Haltung die fisionellen f Der be für eine ih nicht sehr z führte Ricc erklärungen unter welche einer langen ordnung an Bevölkerung die europäi lisation f Macht fest, Abrüstung Zwischenfall Minister richte eingeschworen Men auf 50 Min Almeria un Leben gekom vinzen wird. Die Be ein Telegra ein heftiger gebrochen; zwei sind e gekommen. Meter gesic * Paris hält einen R würde eine wenn er de würfe, den Institute der als klar un oder nicht n Scheulichen gegeben hat. Unschätzliche Bestrafung hat ihm die Täterkeit wiede. Wurde die Frage zu einer ein für alle gangenen ent und trotz sei

Austria-Ungarn.

Die Neue Freie Presse sagt über die den Adressentwurf betreffende Abstimmung im Herrenhause: Alle Geschäftigkeit der Comprimitäger, aller Druck der Autorität, alle Verlockungen der Hofgut und der Überzeugungsstreue der Majorität des Herrenhauses; fest, einmütig und entschieden lehnte sie alle Versuche ab, welche darauf gerichtet waren, die tiefgeurteilte Rechtsüberzeugung, die sie in ihrem Adressentwurf niedergelegt hatte, durch zweitürige Phrasen zu verwässern, und indem sie diese Adresse votierte, stellte sie ein verachtendes Verdict über die unglückliche Coalitions-politik des Ministeriums Taaffe.

Weiterhin äußert sie sich so:

Wäre Graf Taaffe wirklich der conservative und parlamentarische Minister, als welcher er von der servilen Presse gepriesen wird, er müßte in diesem Augenblick schon um seine Entlassung angeföhrt haben. Graf Taaffe ist aber weder conservativ noch ein parlamentarischer Minister, so wie er weder zur Rechtsüberzeugung der Verfassungspartei, noch zu jener der Föderalisten sich bekannt. Hat er doch heute wieder, wie ein geistreicher Abgeordneter bemerkte, „ein Compromiß mit sich selbst geschlossen“ und in dritter Lesung für eben die Adresse gestimmt, von der er eine Stunde zuvor feierlich erklärt hatte, daß er gegen dieselbe stimmen müsse. Er wird also wahrscheinlich dem Buum des Herrenhauses nicht weichen, sondern so lange auf dem Strome dahintreiben, der sich seiner bemächtigt hat, bis dessen Wellen ihn verschlingen.

Etwas anders urtheilt die «Presse». Sie bellagt zunächst, daß durch einfache Ablehnung des Minoritätsantrages jede Möglichkeit einer einmütigen Zustimmung des Herrenhauses abgeschnitten sei, daß es nicht den Herren der Minorität ermöglicht worden, durch Einführung geringer Änderungen sich dem Adressentwurf der Majorität anzuschließen. Nachdem der Minoritätsantrag von der Majorität der Adresscommission abgelehnt und die En-bloc-Annahme des Actenblattes beschlossen war, habe für das Ministerium, das sich nur für eine Änderung eines einzigen Alinea, und zwar im allseitigen Interesse friedlicher Vereinbarung, ausgesprochen hatte, kein Grund vorgelegen, gegen die Annahme des Minoritätsentwurfes zu stimmen. Graf Taaffe, als das einzige dem Herrenhause angehörige Mitglied des Cabinets, stimmte daher schließlich für die En-bloc-Annahme mit der Majorität. „Hierdurch“, schließt die «Presse», „war auch der Haltung dieser Majorität jede Spize eines oppositionellen Auftretens benommen.“

Italien.

Der bereits angekündigte Kongress in Neapel für eine theilweise Abrüstung fand am 26. Oct. bei nicht sehr zahlreicher Beteiligung statt. Den Vorsitz führte Ricciardi. Es wurden mehrere Zustimmungs-erklärungen verlesen, und sprachen mehrere Redner, unter welchen sich auch Dr. Holzendorff befand. Nach einer langen bewegten Debatte wurde folgende Tagessordnung angenommen: Die als Kongress vereinigte Bevölkerung Neapels gibt dem Wunsch Ausdruck, daß die europäischen Regierungen, dem Impulse der Civilisation folgend, welche das Recht an Stelle der Macht setzt, sich über eine gleichzeitige verhältnismäßige Abrüstung einigen mögen. Die Debatte verlief ohne Zwischenfall.

Spanien.

Ministeriellen Blättern zufolge sind amtliche Berichte eingegangen, welche die Zahl der bei den Überschwemmungen in der Provinz Murcia umgekommenen Menschen auf 1200, den sachlichen Schaden auf 50 Mill. Pesetas angeben. In den Provinzen Almeria und Alicante sind je über 250 Menschen ums Leben gekommen; der sachliche Verlust der beiden Provinzen wird auf 25 Mill. Pesetas geschätzt.

Die Berichte aus Spanien sind immer noch traurig. Ein Telegramm aus Madrid meldet, daß am 24. Oct. ein heftiger Sturm in der Nähe von Malaga ausgebrochen; 40 Häuser sind überschwemmt worden und zwei sind eingestürzt. Zwei Kinder sind ums Leben gekommen. Die Segra in Murcia ist noch um einen Meter gestiegen und der Regen dauert fort.

Frankreich.

* Paris, 27. Oct. Die République française enthält einen Artikel, in dem es heißt: „Der Senat würde eine schwere Verantwortlichkeit auf sich laden, wenn er den §. 7 des Ferry'schen Gesetzes verwerfe; denn es handelt sich nicht sowol darum, die Institute der Jesuiten zu schließen oder offen zu lassen, als klar und deutlich zu erklären, ob es ein Ende hat oder nicht mit der Politik, welche Frankreich den abscheulichen Intrigen einer gewissenlosen Partei preisgegeben hat. Das Land ist des Schwankens und der Unsicherheit müde. Es hatte auf die exemplarische Bestrafung der Anführer des 16. Mai gerechnet; man hat ihm dieselbe verweigert, um keine Zeit zu verschieben, ihm dabei aber gesagt, daß man eine große Thätigkeit und Entschlossenheit an den Tag legen würde. Man hat es nicht verstanden, die Amnestiefrage zu einer gehörigen Lösung zu bringen, die uns ein für allemal der ärgerlichen Erinnerungen des Vergangenen entledigte. Zum großen Standal des Landes und trotz seiner wiederholten Beschwerden verfügen die

Gegner der Republik immer noch vielleicht über die Hälfte oder zwei Drittel der öffentlichen Beamten, weil gewisse Leute jede energische Handlung ablehnen und überall den gubernementalen Strang löse machen. Sie haben fortan weiter nichts mehr zu thun, als den Alkalalen einen unerwarteten Sieg, dem letzten Ministerium ihrer Färbung eine tödliche Niederlage, der großen Mehrheit der Deputirtenkammer ein sozusagen schimpfliches Desaveu und der sämtlichen republikanischen Partei eine demuthigende Enttäuschung zu bereiten, indem sie sich weigerten, der Politik, von der §. 7 das Symbol geworden, beizustimmen. Das Hin- und Herschwanken des linken Centrums hat schon öfters das rasche Voranschreiten der Republik plötzlich gehemmt; wird wol dieses Schwanken zugleich mit einem Abtrünnigwerden enden? Mit Hrn. Jules Simon wird es sich freilich also verhalten, daran ist leider nicht mehr zu zweifeln; wir wollen jedoch noch immer nicht zweifeln, daß das linke Centrum in seiner Gesellschaft diesen ungeheuern und nicht wieder gut zu machenden Fehler begehen werde.“

Wir erhalten von der hiesigen Gesandtschaft von Spanien Mittheilung des folgenden Telegramms: Madrid, 26. Oct. Die vom pariser Globe gebrachte Nachricht, daß der Herzog von Montpensier aus Spanien verwiesen worden sei infolge eines Schreibens, das er an den spanischen Ministerpräsidenten gerichtet haben soll, ist durchaus unbegründet. Der Herzog von Montpensier hat dem Ministerpräsidenten sein Schreiben zugesandt, und es ist betreffs seiner keine Maßregel getroffen worden.“

Man liest an der Spitze der ultramontanen Defense: „Ein wichtiger Brief, der uns aus Rom zu geht, kündigt als wahrscheinlich die Veröffentlichung eines Briefes des Heiligen Vaters an die deutschen Bischöfe an.“

Dem Globe ist ein Auszug aus dem vielbesprochenen Artikel der «Grenzboten» in so verstimelter Form zugegangen, daß das französische Blatt zu folgenden Betrachtungen gelangt: „Aus den Meldungen der «Grenzboten» ergibt sich, daß die Notwendigkeit, sich häufigen Frictionen zu unterziehen, dem deutschen Reichslanden jede diplomatische Thätigkeit verbietet. Diese neue Behandlung kommt daher, daß der Gebrauch der Quellen von Gastein für das Beinden des Hrn. v. Bismarck ohne jegliche Wirkung geblieben ist.“

Der socialistische Arbeitercongrès in Marseille hat sich in seiner sechsten Sitzung mit der Unterrichtsfrage beschäftigt. Ein Redner verlangt die Errichtung von professionellen Schulen für beide Geschlechter. Ein anderer behauptet, das Programm der Universität und der Unterricht, den man darin erhält, seien abgeschmäht. Der Citothen Roux aus Marseille sagt: wir sind alle Revolutionäre, da wir aus allen Ecken Frankreichs hierher gekommen, um unsere Rechte geltend zu machen; wir verlangen eine Umänderung des gegenwärtigen Zustandes. Die Situation, welche man der Bourgeoisie, die seit 1789 die intellektuelle Aristokratie geworden ist, muß auch dem Volke zutheil werden. Wir müssen uns durchaus von der Bourgeoisie trennen, von der wir nichts zu erwarten haben, und die den öffentlichen Unterricht lächerlich macht mit ihren Mirakeln und ihrem Überglauen. Citothen Finan, ein Delegirter aus Paris, sagt, es wäre kein Platz mehr für Gott in unserm Verfande. Eine Ausspielung auf Worte von Victor Hugo machend, sagt er: „Unser ausgezeichneter Dichter macht uns die Achseln zucken mit seinem «höchsten Wesen» und seiner «unsterblichen Seele». Citothen Roche aus Bordeaux behauptet, die Mittelschulen seien eine Pfanzschule von Aristokraten.

— Aus Paris vom 27. Oct. schreibt man der Kölnischen Zeitung: „Es klingt fast unglaublich, aber es wird in politischen Kreisen erzählt, daß der hiesige österreichische Botschafter Graf Beust Gambetta die feste Versicherung gegeben, Österreich werde sich nie auf ein Bündnis mit la Prusse einlassen! Da Gambetta sich in diesen Hoffnungen getäuscht sah und, wenigstens für den Augenblick, Russland für keinen nützlichen Bundesgenossen Frankreichs hält, so zeigt er sich bereit, alles auszubieten, damit die Parteikreigkeiten nicht Frankreich hindern, Partei im Auslande zu ergreifen, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet. Der Präsident der Republik aber hat den Kriegsminister aufgefordert, alle commandirenden Generale zu ermahnen, ihre persönlichen Sympathien und ihre früheren Meinungen der Vergessenheit anheimzugeben und sich bewußt zu bleiben, daß sie heute einfach Generale der Republik sind. Das betreffende Rundschreiben, das sehr klar abgefaßt ist, ging vor zwei Tagen ab.“

Belgien.

Aus Brüssel vom 24. Oct. schreibt die Indépendance belge: „Wir haben es einer Quelle, daß Wsgre. Banutelli sehr wenig zufrieden ist mit der Lage, welche die Bischöfe Belgiens ihm bereit haben. Wie glauben zu wissen, daß der Nuntius keinen lebhaftesten Wunsch hat, als seine Vergebung zu

erlangen; er hat an den Papst bereits mehrere Briefe geschrieben, um zu bitten, Se. Heiligkeit möge ihm einen andern diplomatischen Posten anvertrauen. Papst Leo XIII. hat seinerseits in einer Unterhaltung, die er jüngst mit einem unserer Landsleute gehabt, wie dieser erzählt, die Unzufriedenheit nicht verhehlt, welche ihm die Haltung des belgischen Episcopats verursacht. „Die belgische Geistlichkeit allein“, hatte Se. Heiligkeit gesagt, „macht mir mehr Wissens- und Arbeit als die Geistlichkeiten aller andern katholischen Nationen zusammenommen.“ Und als der Papst auf dem Gesicht dessen, mit dem er sprach, ein achtungsvolles Erstaunen bemerkte, hätte er mit einem trüben Lächeln hinzugefügt: „Es ist da nichts zu machen.“ Das Concil von 1870 hat also in dem Verhältnis des Papstes zu den Bischöfen nichts geändert, und noch immer gilt das von Bossuet am 9. Nov. 1681 bei Eröffnung der Generalversammlung der französischen Geistlichkeit gesprochene Wort: „Die Päpste dürfen nicht die Ansprüche der Bischöfe aufheben; denn wie diese Glieder verpflichtet sind, ihrem Oberhaupt zu folgen, so darf auch das Oberhaupt die Glieder nicht kränken.“ Zur Zeit des Gallikanismus auf dem Concil zu Limoges hatte dieses Wort seine Bedeutung; heute unter dem Regiment der Unschärfe ist es nicht anders. Die Bischöfe folgen dem Papste, aber er darf sie nicht kränken. Da ist eben „nichts zu machen“. Die Bischöfe trozen dem Papste, weil sie wissen, daß sie die Befehle der geheimen Macht ausführen, welche die Kirche und den Papst selbst beherrscht. Der Papst denkt und der Jesuitenorden lenkt. — Der Justizminister Bara hat den Provinzialgouverneuren die Weisung ertheilt, alle «freien» Schulen, die ungeschicklicherweise die Gemeindeverwaltungen in Gebäuden, die zu Kirchen, Krankenhäusern und Wohltätigkeitsanstalten gehören, haben einzurichten lassen, nach zweimaliger Verwarnung binnen 14 Tagen zu schließen.“

Russland.

Aus Petersburg vom 21. Oct. schreibt man der Leipziger Zeitung: „In dem Augenblicke, da diese Zeilen in Ihre Hände gelangen, werden auch die letzten sensationellen Gerüchte verstummt sein, die sich an die Urlaubsreisen unsers Domänenministers Walujew knüpften. Es ist kaum irgendeine politische Mission denkbar, welche ihm nicht vindictiv worden ist, und erst in den letzten Tagen sollte er nur um deshalb nach Baden-Baden gehen, weil er eine wichtige Mission beim Kaiser Wilhelm hätte. Nun, Hr. v. Walujew kommt nach Baden-Baden, nachdem der Deutsche Kaiser den freundlichen Ort bereits verlassen hat. Damit ist auch das letzte Gerücht widerlegt. Zur Orientierung will ich noch hinzufügen, daß Hr. v. Walujew nur kurze Zeit in Baden-Baden verweilen und dann sein bisheriges Amt hier wieder antreten wird.“

Amerika.

Über einen preußischen Offizier als amerikanischen Schwimmkönig teilt das Kleine Journal Folgendes mit: „Die berühmtesten Schwimmer Amerikas sind in dem großen neuyorker Match, bei welchem 10 englische Meilen zu Wasser zurückzulegen waren, von einem ehemaligen preußischen Lieutenant geschlagen worden. Darob herrscht in der amerikanischen Sportwelt eine großartige Aufregung, und alle illustrierten Journale bringen das Bild des Gewinners des Championship von Amerika. Ernst v. Schoening, der Ex-lieutenant of the prussian army, ist der Löwe des Tages. Während des deutsch-französischen Krieges gehörte er zum Stabe des Prinzen Friedrich Karl, später zu Berliner Garnison. Er ist 28 Jahre alt, 5 Fuß 8 Zoll hoch, wiegt 198 Pfd. und hat eine Brustweite von 42 Zoll. Sein gefürchtetster Gegner war der berühmte Kapitän Webb, der 41 Jahre alt ist, hauptsächlich bekannt durch seine Schwimmfahrt über den Canal la Manche, wobei er in 23 Stunden 37 1/4 englische Meilen zurücklegte. Webb wurde diesmal nach der sechsten Meile schwach und wurde an Bord einer Jacht gezogen. Der Zweite am Riefe war George Werhan (alias Tufts), ein Schwimmer von Profession, 42 Jahre alt, 6 Fuß 2 Zoll groß. Seine größte That war eine mehrjährige Schwimmfahrt auf dem North-River. Ferner startete der Champion W. H. Daily, der Preisschwimmer von Californien, ein Mann von 42 Jahren, und der jugendliche Champion Brooklyns, G. H. Wade, 21 Jahre alt. Daily schwamm 5 1/2 englische Meilen und blieb dann zurück; Wade wurde in der vierten Meile blind vom Seewasser und gewann erst in einer Stunde wieder seine Sicht. Lieutenant v. Schoening gewann vor Werhan eine volle Meile Vorsprung; er errang den Preis von 1500 Doll., während auf Werhan 750 Doll. entfielen. Das Ueberraschende ist, daß Hr. v. Schoening ein Neuling im Wettschwimmen war, während alle seine Gegner mit Medaillen für gewonnene Matches antraten; um so größer ist die Anerkennung, welche in Amerika dem preußischen Offizier allseitig gezeigt wird.“

